

# KOOPERATIONSVEREINBARUNG

2. Oktober 2014



*Ortsverband Rheine*

## Für ein anderes Miteinander

Kooperationsvereinbarung

zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Stadtverband Rheine,  
und Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Rheine

für die Ratsperiode 2014-2020

*Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist,  
dann ist es nötig, dass alles sich verändert.*

Giuseppe Tomasi di Lampedusa

## Haushalt

Die Symptome sind klar: Seit diesem Jahr gibt es eine Haushaltssperre, damit Rheine nicht in absehbarer Zeit unter die Haushaltssicherung fällt. Unser Haushalt und damit unser Handlungsspielraum wird dann von Außen bestimmt. Seit 2006 hat die Stadt knapp 100 Millionen € Eigenkapital verzehrt, und das strukturelle Defizit liegt bei etwa 10 Millionen €, d.h. wir geben weit mehr aus, als wir einnehmen. Wir leben von der Substanz und zehren auf, was Generationen vor uns erarbeitet haben. Statt zu sparen, haben wir weiter über unsere Verhältnisse gelebt und bürden so kommenden Generationen die Folgen unseres Handelns auf.

Das müssen wir ändern. Wir müssen den Gürtel enger schnallen, ohne dass „*jeder nur am Gürtel des anderen herumfummelt*“ (Otto Graf Lambsdorff). Der Beantwortung der Frage, was wir uns künftig noch leisten können und leisten wollen, können wir nicht länger ausweichen. Wenn die Stadt Rheine ihre Substanz erhalten will, sind alle gefragt, mit anzufassen.

## Stadtentwicklung

Rheine – die Textilstadt, Rheine – die Einkaufsstadt, Rheine – die Garnisonsstadt, all das ist längst Vergangenheit. Umso dringlicher müssen wir klären, was heute unsere Stadt lebens- und liebenswert macht. Wer sind wir? Wer können wir sein? Wer wollen wir sein? Nach welchem Leitbild wollen wir unsere Stadt entwickeln, ihr wirtschaftliches Rückgrat stärken und das Zusammenleben im Innern und nach Außen attraktiv gestalten? Das zu beantworten, ist eine jener vorrangigen Aufgaben, an denen wir – gemeinsam mit möglichst vielen – arbeiten werden.

## Kultur und Sport

Kultur und Sport sind Ausdruck einer lebendigen Gesellschaft. Unsere kulturellen Einrichtungen zeigen uns, woher wir kommen („Zukunft braucht Herkunft“ nennt Odo Marquard das.); sie helfen uns zu entdecken, was in uns steckt und wer wir sind; sie stimulieren uns, darüber nachzudenken, wozu wir da sind und wohin wir gehen. Unsere sportlichen Einrichtungen fördern nicht nur unseren Team-Geist und vermitteln uns ganz praktisch von klein auf den Wert und die Bedeutung von Sportlichkeit und Fairness, sie dienen auch unserer Beweglichkeit und Fitness und organisieren dadurch eine mit Freuden gelebte Gesundheits-Vorsorge. Gelder für Kultur und Sport sind daher nicht Subventionen, sondern Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

## Kapitel I

### Haushalt, Struktur und Verwaltung

Das strukturelle Defizit muss auf Null reduziert werden. Ziel ist die jährliche Reduzierung um 1 Mio. €. Bei dieser Konsolidierung des Haushaltes werden wir kaum auf Bund und Land zählen können, wir werden uns im Sinne der Generationengerechtigkeit selbst helfen müssen.

Wir sind uns einig darin, dass das Sparen, wenn es erfolgreich sein soll, grundsätzlich angegangen werden muss: Alle Bereiche müssen auf den Prüfstand, und nicht nur Art und Umfang der freiwilligen Leistungen, sondern auch der Durchführungsstandard der Pflichtleistungen muss überprüft werden.

Zu prüfen ist, ob beispielsweise die Aufgaben des Katasteramtes, des Bauamts oder der Beihilfestelle ohne signifikanten Qualitätsverlust kostengünstiger durch den Kreis oder Beauftragung Dritter erledigt werden können. Es wird geprüft, ob die aktuellen Überlegungen des Kreises zur Schaffung eines einheitlichen jobcenters unterstützt werden können.

Die Ausschöpfung von Sparpotentialen geht vor Steuer- oder Gebührenerhöhungen.

Grundsätzlich sollten Gebühren kostendeckend sein. Bis Ende 2015 sind in allen Satzungen die Gebühren dahingehend zu überprüfen. Ebenso sollten die Entwicklungskosten in den Gewerbegebieten durch die Verkaufserlöse gedeckt werden.

Im Rahmen der jährlichen Haushalts-Plan-Beratung sind Stellen zu identifizieren, die künftig nicht mehr benötigt werden.

Wo städtische Zahlungen fließen, muss auch eine städtische Kontrolle erfolgen. Dies gilt auch für die städtischen „Töchter“. Wir wollen das Prüfungsrecht des RPA in Satzungen, Verträgen und Zuwendungs-/Bewilligungsbescheiden verankern.

Wir wollen, dass bei allen städtischen „Töchtern“ und der Stadtparkasse die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungen, Vorstände und Aufsichtsräte individuell in den Jahresabschlüssen ausgewiesen werden.

Der Verkauf der Wohnungsgesellschaft und des TAT ist zu prüfen.

Die Kosten von VHS, Musikschule, Museen und Stadtbibliothek sind anhand von Kennzahlen zu überprüfen. Beim Kloster Bentlage sind im Besonderen die Energiekosten in den Focus zu nehmen.

Auch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind aufgefordert, ihren Einsparungsvorschlag zur Konsolidierung des Haushaltes zu machen. Dabei ist sicherzustellen, dass bei Erstellung eines solchen Kosteneinsparungsplans die gesamte Verwaltung mit einbezogen wird, d.h. nicht nur von oben nach unten, sondern ebenso auch Ideen und Vorschläge von unten nach oben entwickelt bzw. gemacht werden können. Alle kreativen Potentiale der Stadtverwaltung sind in diesen Prozess einzubinden.

## Kapitel II

### Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Klimaschutz und Energiewende

Masterpläne und Handlungskonzepte sind aufeinander abzustimmen und integriert weiterzuentwickeln.

Für die Nutzung und Erweiterung von Grünflächen als integralem Bestandteil bestehender Konzepte lassen wir einen „Masterplan Grün“ erstellen. Ein „Masterplan Grün“ ist insbesondere für die Diskussion über eine mögliche Gestaltung/Bebauung des Bernburgplatzes Grundvoraussetzung. Im Rahmen dieses Vorhabens ist ersatzweise auch eine Überbauung der Parkflächen am Timmermanufer zu überprüfen.

Die endgültige Gestaltung des Bernburgplatzes wird mit Beteiligung der Bürger und im Dialog mit den verschiedenen Akteuren entschieden.

Wir wollen die Verantwortung für das Straßenbegleitgrün in reinen Wohnstraßen von den TBR auf die Anlieger übertragen.

Der Masterplan Innenstadt wird weiterentwickelt. Wir wollen die Bedeutung der Ems als Lebensader in der Mitte unserer Stadt durch eine Akzentuierung der Emsufer steigern. Wir wollen die „Historische Meile“ vom Thietor über Falkenhof, Thie und Markt bis zum Münstertor abschnittsweise städtebaulich aufwerten. Hierbei genießt die Neugestaltung des Marktplatzes eine besondere Priorität, um diesen, falls möglich, gleichzeitig mit der Emsgalerie fertig zu stellen.

Spielorte in der Innenstadt sollen zu Ruhezonen und neuen Angeboten wie Bewegungsparks und Mehrgenerationenspielflächen entwickelt werden.

Allen Umbauten sind barrierearm zu realisieren.

Wir wollen den Flächenverbrauch durch Sanierung und Nachverdichtung reduzieren. Neuausweisungen sollen vorrangig dort realisiert werden, wo auf bestehende Infrastruktur zurückgegriffen werden kann. So können in einer moderaten Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Außenbereiche und vorhandene Konversionsflächen für die Wohnbebauung sinnvoll erschlossen werden.

Dieses 3-Säulen-Modell aus Sanierung, Nachverdichtung und Flächenentwicklung ist Interessenten hinsichtlich der Möglichkeiten gleichberechtigt vorzustellen.

Wir wollen das Gewerbegebiet Rheine-R weiterentwickeln. Der Bau der Querspange ist hierbei mit hoher Priorität voranzutreiben. Bei den anderen Gewerbeflächen müssen Erweiterungen bestehender Betriebe möglich sein.

Ein neues Industriegebiet im Umfeld der BAB-Anschlussstelle Rheine-Nord ist mittelfristig in Kooperation mit der Gemeinde Salzbergen zu entwickeln.

Wir werden den Prozess der Konversion weiterentwickeln. Im Fokus stehen dabei nicht nur die Flächen der ehemaligen General-Wever-Kaserne sowie der Damloup-Kaserne. Es soll geprüft werden, ob die Theodor-Blank-Kaserne in Bentlage unter Wirtschafts- und Hochschulbeteiligung zu einem „Regionalen Energiezentrum“ entwickelt werden kann. Dieser Prozess wird Bestandteil der Entwicklung eines regionalen Konzepts sein.

Im Sinne einer gesundheitsbewussten Stadt ist die Staub-, Ozon- und Abgasbelastung in der Innenstadt zu reduzieren. Hierzu ist ein (einmaliger) Messauftrag zu erteilen, um die Ist-Daten zu ermitteln, damit bewertet werden kann, ob eine ständige Mess-Station notwendig ist.

Der ÖPNV ist so zu organisieren, dass er den Anforderungen der Bevölkerung an Mobilität gerecht wird: Entwicklungspotentiale sehen wir bei Frühbussen, einer besseren Erschließung der Rand- und Gewerbegebiete, dem AST und Bürgerbussen.

Wir werden die Stadt Rheine fahrradgerechter gestalten. Dem Fahrradverkehr ist aus sozialen, Klimaschutz- und gesundheitsfördernden Gründen Vorrang in der Straßenplanung einzuräumen. Auch die Anlage dezentraler Fahrradabstellpunkte und eine wirksamen Parkraumbewirtschaftung im Bereich des Bahnhofs sollen hierzu beitragen.

Die Ampelphasen insbesondere am Ring sind so zu gestalten, dass für alle Verkehrsteilnehmer (Radverkehr, PKW und Busse) auf dem Ring ein optimierter Verkehrsfluss erreicht wird.

Kreisverkehre sollen zur Förderung des fließenden Verkehrs straßenzugeweise durchgeplant und nicht im Gießkannenprinzip einzeln über das ganze Stadtgebiet verteilt werden.

Wir werden mit dem Kreis über die Rückgabe der Kreisstraßen verhandeln.

Wir wollen, dass Stadtverwaltung und EWG mit den beiden zentralen Instrumenten der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings Rheines Position im Wettbewerb der Regionen und Kommunen stärken. Mit Hilfe des Regionalmanagements wollen wir Rheine zu einem innovationsstarken Mittelzentrum ausbauen, dessen Konkurrenz nicht nur zu Emsdetten und Ibbenbüren, sondern auch zu Lingen und Nordhorn durch abgestimmte gemeinsame Aktivitäten in eine regionale Kooperation überführt wird.

Die Zukunftsthemen „Klimaschutz“ und „Energieeffizienz“ werden konzeptionell, eng verzahnt mit der Leitstelle Klimaschutz sowie im Rahmen des regionalen Verbundes, vor allem aber zusammen mit den in diesem Sektor tätigen Unternehmen weiterentwickelt. Das Netzwerk Windwest leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, der für Rheine von nachhaltiger Bedeutung ist.

Eine Mitfinanzierung bzw. finanzielle Beteiligung an den Personalkosten durch die am Projekt „Regionale Kooperation“ beteiligten Kommunen soll erreicht werden.

Wir sehen in der GmbH-Struktur der EWG durchaus Vorteile für ein flexibles Agieren im Markt. Perspektivisch streben wir eine engere Verzahnung der EWG mit der Spitze der Verwaltung an. Darüber hinaus steht eine weitergehende Ausrichtung der inhaltlichen Tätigkeit der EWG entsprechend den konkreten Bedürfnissen der Rheiner Wirtschaft in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des Kreises an. Hierin einzubeziehen sind neben der FH Münster auch der Münsterland e.V. und der Bereich Wirtschaftsförderung bei der Bezirksregierung.

Die EWG steht als städtische Tochter mit in der Verantwortung für die städtischen Finanzen. Wir verstehen Stadtmarketing als Bündelung all dessen, was unserer Stadt eine stärkere Identifikation nach innen und ein attraktiveres Profil nach außen verschafft. In diesem Sinne soll die Idee, Rheine als Gesundheitsstadt auszubauen, weiter entwickelt werden. Dazu soll Rheine zunächst dem Gesunde-Städte-Netzwerk beitreten, um mit den Vernetzungs- und Qualitätsstandards dieses Netzwerks eine belastbare und solide Basis für ein tragfähiges integriertes Marketingkonzept zu schaffen.

In den Prozess des Stadtmarketings sollen nicht nur der Handel, sondern auch die Bürgerschaft in einem offenen Prozess einbezogen werden.

Die Windvorrangflächen sind gutachterlich festgelegt. Wir wollen, dass sich die Bürger an den zu errichtenden Windparks beteiligen können.

## Kapitel III

### Bildung, Kultur, Jugend, Sport und Soziales

Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsaufgaben ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen transparente Strukturen bei der Trägervergabe. Dabei sind dezentrale stadtteilbezogene Jugendangebote auch in offener und generationsübergreifender Form zu fördern. Wir wollen einen „Pakt gegen Kinderarmut“ mit den in Frage kommenden Gruppen und Trägern auf den Weg bringen. Weiter wollen wir das Thema „Gesunde Ernährung“ in Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe in den Focus rücken.

Wir wollen uns für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita-Plätzen einsetzen. Durch ein bedarfsgerechtes Angebot von OGS-Plätzen sollen Eltern beim Übergang ihrer Kinder auf die Schule bzw. beim Wechsel auf weiterführende Schulen durch Betreuungsmöglichkeiten unterstützt werden.

Die Einrichtung einer Kinderschutzambulanz wird hinsichtlich der Umsetzbarkeit geprüft.

Ein soziales Miteinander ist Basis für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben. Wir befürworten eine vielfältige freie Trägerstruktur.

Wir organisieren das Zusammenleben subsidiär, d.h.: Was Vereine und Ehrenamt leisten können, muss nicht von der Stadt geleistet werden. Als Grundlage dieses Handels erstellen wir eine „Integrierte Sozialplanung“.

Wir wollen ein weltoffenes, interkulturelles Rheine. Wer hier lebt, ist – unabhängig von seinem Herkunftsland – Teil unserer Stadt. Menschen auf der Flucht finden bei uns humanitäre Hilfe und eine menschenfreundliche Aufnahme.

Rheine als "Fair-Trade-Town" muss weiter ausgebaut werden. So sollen beispielsweise verstärkt soziale und ökologische Aspekte bei Vergaberichtlinien und Ausschreibungen mit berücksichtigt werden.

Wir wollen die Bildungsangebote im außerschulischen Bereich prüfen und ggf. neu bewerten.

Im Bereich der Weiterführenden Schulen sehen wir Rheine gut aufgestellt.

Rheine benötigt eine interne Grundschulplanung für das gesamte Stadtgebiet. Dabei sind pädagogische, bauliche und räumliche Aspekte zu beachten. Diese Bewertung muss auch Fragen des gemeinsamen Lernens und der Über-Mittag-Betreuung einschließen.

Die Standortfrage der „Sekundarschule Rheine Stadt“ ist entschieden. Nun ist es wichtig, für diesen Standort ein gutes Bildungszentrum zu schaffen.

Die Bewertung der baulichen Qualität der Schulen ist auch eine Aufgabe des Schulausschusses.

Am Standort Kopernikusstraße soll ein Kombibad vordringlich zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge im Bereich des Bäderwesens – bei gleichzeitiger Aufgabe der bisherigen städtischen Bäder Rheine und Rheine-Mesum – errichtet werden.

Der Rheiner Sport ist getragen von einem hohen ehrenamtlichen Engagement der Sportvereine. Dazu brauchen die Vereine verlässliche Rahmenbedingungen insbesondere bei der Jugendförderung und der Sicherung der bestehenden Infrastruktur.

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Gesellschaft und muss für alle Projekte und Dienstleistungen mitgedacht werden. Gegebenenfalls ist eine Bündelung/Anlaufstelle als zentraler „Starthelfer“ einzurichten.

Der bisherige Beirat für Menschen mit Behinderungen soll sich zu einem „Beirat für Inklusion“ entwickeln.

Die Kulturpolitik in Rheine ist auf eine breite Basis zu stellen und mit Zielvorgaben zu formulieren. Die Voraussetzungen dafür sind in der Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes mit einem zukunftsweisenden Leitbild und einem konkreten Maßnahmenkatalog zu schaffen. Dieser Kulturentwicklungsplan ist mit externer Hilfe unter Beteiligung unter Einbezug aller Akteure (Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Wirtschaft) zu entwickeln.

Wir wollen die Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement in der Kultur fördern.

Wir wollen die freie Kultur- und Kleinkunstszene beleben, wir halten die Zeitschrift *Rheine gestern-heute-morgen* als Teil des Gedächtnisses der Stadt Rheine für unverzichtbar.

Für das Kloster Bentlage wollen wir eine große Stiftungslösung unter Einbeziehung regionaler bzw. überregionaler Partner prüfen.

## Schlusswort

Diese Vereinbarung basiert auf der Arbeit folgender sechs aus Mitgliedern von CDU und Bündnis 90/Die Grünen besetzter Arbeitsgruppen:

- Haushalt · Verwaltungsstrukturreform
- Klimaschutz und Energiewende
- Kultur · Bildung
- Soziales · Jugend · Schule · Sport · Inklusion
- Stadtplanung · Verkehr · Tourismus
- Wirtschaftsförderung · Stadtmarketing

Die Diskussion in diesen sechs Gruppen verlief in einer offenen und kooperativen Atmosphäre; mehrere Gruppen zogen Fachleute zur Information und Beratung einzelner Punkte hinzu. Die Ergebnisse wurden in einer von gegenseitigem Respekt getragenen Atmosphäre gemeinsam erarbeitet und verabschiedet; die Protokolle aller Arbeitsgruppen liegen den Fraktionen vor.

An der Erarbeitung der Grundlagen dieser Vereinbarung waren beteiligt: Christian Beckmann, Martin Beckmann, Hendrik Börger, Udo Bonk, Markus Doerenkamp, Nina Eckhardt, Alexander Ettl, Albrecht Fleischer, Silke Friedrich, Werner Friedrich, Dieter Fühner, Robert Grawe, Kerstin Grosskopf, Stefan Gude, Andree Hachmann, Paul Jansen, Dennis Kahle, Norbert Kahle, Christian Kaisal, Dr. Manfred Konietzko, Bernhard Lang, Fabian Lenz, Dr. Peter Lüttmann, Siegfried Mau, Josef Niehues, Birgitt Overesch, Hermann-Josef Raatgering, Kurt Radau, Claudia Reinke, Michael Reiske, Reinhart Richter, Friedel Theismann, Helena Willers und Josef Wilp.

Wir einigen uns darauf, im Falle von Unstimmigkeiten eine Einigung im Kooperationsrat herbeizuführen, der aus den Fraktionsvorsitzenden, den Parteivorsitzenden sowie je einem Mitglied des für die Frage zuständigen Fachausschusses besteht.

Wir laden alle im Rat der Stadt Rheine vertretenen Fraktionen ein, dieser Kooperationsvereinbarung beizutreten, da wir künftig Rheine anders miteinander gestalten wollen.

Rheine, den 2. Oktober 2014



**Andree Hachmann**  
Fraktionsvorsitzender  
der CDU Fraktion im Rat  
der Stadt Rheine

**Norbert Kahle**  
Vorsitzender der CDU  
Stadtunion Rheine

**Bernhard Lang**  
Vorsitzender des  
Ortsverbandes von  
B 90 / Die GRÜNEN  
Rheine

**Michael Reiske**  
Fraktionsvorsitzender  
der Fraktion von  
B 90/Die GRÜNEN im  
Rat der Stadt Rheine